

Studierendenwohnheim

~~Haushaltsrat der SPD-Fraktion~~

| Gemeinderat Mi, 04.02.26

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrter Herr OB, sehr geehrte Frau Bgm'in,

Die Fraktion der Sozialdemokraten hat eine differenzierte Meinung zum Projekt

(+) Gut

- Ja, wir erkennen den Mehrwert eines solchen Bauvorhabens.
- Es ist der dritte Anlauf zur Umsetzung eines solchen Studierendenwohnheims – Endlich wird es konkreter.
- Es stabilisiert den studentischen Wohnungsmarkt in Schwetzingen, der aktuell vor Ort nur durch private Vermietung erfolgt und das a) immer weniger und b) tendenziell immer teurer.
- Schwetzingen ist „Hochschulstandort“ und „Hochschulstadt“, ein Beitrag zu mehr „Hochschulfreundlichkeit“ ist wichtig. Zudem muss man auch Bürgern vor Ort klarmachen, dass Studierende hier vor Ort ein selbstverständlicher Wirtschaftsfaktor, Stadtbildfaktor und Lebensfaktor sind.

(-) Aber

- Trotzdem empfinden einige BürgerInnen vor Ort übergangen zu werden.
- Das Projekt wird – übrigens analog zu allen anderen auch innerstädtischen Bauprojekten, wo sich Nachbarn früher mehr Einbezug gewünscht hätten – an den Menschen vorbeigeplant.
- Ja, es gab Vor-Ort-Termine, aber: nein, man hat Anwohnende weder mit einem Einwurf aus Papier, noch anders informiert.

Original-Feedback aus der Bürgerschaft: „Wir haben gar nichts bekommen. Wir haben aus der Zeitung von dem Termin des Technischen Ausschusses erfahren und dort dann über die Bürgerbegehung. Es stand dann auch nochmal in der Zeitung. Dieses Studentenwohnheim ärgert uns tatsächlich sehr. Und nicht nur uns.“

- Ja, es werden die offiziellen Wege gegangen: Anhörung im Technischen Ausschuss, Bürgerbegehung über die Zeitung. Aber: reicht das für die teilhabeorientierte Demokratie

von heute, in der man (in Zeiten von Facebook, Insta und Co.) Menschen mitnehmen und erreichen kann, wenn man will: analog per Einwurf, per Brief, per eMail per Facebook-Einladung – oder eben per digitalem Bürgerportal, wie es andere (zugegebenermaßen größere Städte) bereits haben.

- Wie bekommen das Gefühl zurückgespiegelt, noch mehr Rücksicht auf die eigenen Bürger nehmen, die Menschen vor Ort mehr einbeziehen, ernst nehmen, angemessen informieren – das schafft mehr Akzeptanz und Vertrauen. - Angesichts unserer Rückmeldungen ist das so wohl nicht passiert.

Zudem: Gibt die Stadt viel zu viel aus der Hand, um eine eigene „Studierendenstrategie“ zu entwickeln? Es kamen Fragen auf:

- Werden die Wohnungen wirklich ausschließlich an Rechtspflegerstudierende vermietet, um damit wieder Wohnraum für die eigenen Bürger der Stadt zur Verfügung zu bekommen? – Wie das evaluiert? Ansonsten bleiben die Ankündigungen – wie bereits schon in der Vergangenheit vorgekommen – Luftschlöser.
- Welche Anreize kann die Stadt überdies schaffen, damit neuhinzugezogene Studierende ihren Erstwohnsitz hier anmelden? Wie könnte man die Wohnungsnot im privaten Sektor attraktivieren?

Es ist – wie in der Vergangenheit schon öfter vorgebracht – weniger die Frage nach dem „ob“, denn dass wir den Studierendenstandort endlich ausbauen müssen, ist klar. Es ist die Frage nach dem „wie“ und der Eindruck der fehlenden Partizipation, von der wir glauben, dass sie in der Stadtverwaltung zwar mitgedacht wird, es jedoch in der Ausführung zu „Unpraktikabilitäten“ kommt (sprich: man lädt die Leute nicht aktiv zum Bürgertermin ein). Zudem empfinden die Bürger keine „Gemeinsamkeit“ im Vorgehen, sondern ein „wir“ gegen „die Stadt“. – Und klar: die Stadt hat vielleicht ein anderes Ziel als der einzelne Bürger (das ist manchmal so), aber im Verständnis sollte der „gemeinsame Prozess“ des Gehörtwerdens, Ernstgenommenwerdens, der Transparenz und des Aufeinandereingehens gegangen werden – von Stadtverwaltung, aber (und das ist auch wichtig) auch von Bürgern.

Die SPD-Fraktion wird uneinheitlich abstimmen.